

Was war los bei

Am

Wochenende vom 25.-27. September haben wir uns an der Aktion von Ende Gelände im

Rheinland beteiligt. Ziel dieses Bündnis von Klimaaktivist_Innen war es, dort die Infrastruktur von Europas größtem Braunkohlerevier zu stören. Letztlich sollte damit gezeigt werden, dass es radikale, antikapitalistische Lösungen braucht, wenn wir die Folgen des Klimawandels noch lindern wollen.

Revo

am Start!

Am Freitagmorgen reisten Genoss_Innen aus Dortmund und Stuttgart an, die sich

beim Camp von den AntiKohleKidz an Plena und am Aktionstraining beteiligten.

Der Rest aus dem Bundesgebiet erreichte das Camp erst in der Nacht, nachdem sie

sich noch mittags bei den lokalen FridaysForFuture Demonstrationen beteiligten.

Am nächsten Morgen ging es dann um 8:30 los. Trotz der frühen Uhrzeit und drohendem Regen zeigten sich die ca. 200 Aktivist_Innen des AKK-Fingers bereits

auf dem Weg zur Bahn sehr entschlossen. Es wurden sofort laute Parolen gerufen

und die Gruppe trainierte noch einmal einige Handzeichen. Wir waren mit 14 Personen dabei und waren Teil des Strukturteams.

Die erste Bahn fiel wegen „polizeilicher Ermittlung“ aus. In der zweiten Bahn hatten wir dann direkt mit der nächsten Bullenrepressionen zu kämpfen, die ohne

Grund den Zug für etwa 20 Minuten stoppten. Trotzdem erreichten wir etwa eine

Stunde später unser erstes Ziel Hochneukirchen, ein Dorf das von RWE

abgerissen

werden soll, um mehr Braunkohle abbauen zu können. Dort trafen wir auf die Anfangskundgebung einer Demonstration, an der sich unter anderem FridaysForFuture und die Initiative „Alle Dörfer bleiben“ beteiligten. Dort kam

es zur nächsten Schikane von der Seite des Staates. Die genehmigte Route, die

in Blickweite des Tagebaus lag, wurde von der Polizei kurzfristig verboten. Die

Route sollte jetzt viel weiter vom Tagebau entfernt verlaufen. Der Einspruch der Veranstalter_Innen wurde von der Stadt abgelehnt. Die Zeit, bis wir weiterlaufen konnten, nutzten wir, um unsere Flyer zu verteilen, Zeitungen zu

verkaufen und mit den Aktivist_Innen ins Gespräch zu kommen.

Danach

beteiligten wir uns gemeinsam mit dem AKK-Finger an der Demonstration. Dort

konnten wir über den Lautsprecherwagen eine Rede halten. Kurz vor Ende der Demo

entschieden wir uns dazu, in Richtung Tagebau zu rennen, wo die Polizei allerdings bereits auf uns wartete. An der ersten kleineren Polizeikette sind wir noch vorbeigekommen. Etwa 100 Meter dahinter bildete sich eine zweite Polizeikette, die nun die letzte vor der Abbruchkante des Tagebaus war. Der Finger versuchte sich erst wieder zu sammeln. Da die Polizei sich noch nicht voll organisiert hatte, aber immer mehr wurde, entschieden wir uns durchzubrechen. Der hintere Teil teilte sich allerdings wieder zur Seite auf. So hatte die Polizei es leicht, uns zurückzudrängen und letztlich einzukesseln.

Dabei gingen sie sehr gewaltsam, unter anderem mit dem Einsatz von Schlagstöcken, vor. Auch während des Kessels ging sie sehr repressiv vor und

probierte uns immer enger zusammenzudrücken. Infektionsschutz schien den Polizist_Innen

ziemlich egal zu sein. Einen Abstand von zwei Metern zueinander konnten

wir so

nicht mehr einhalten. Wir probierten uns dagegenzustellen, was uns ein wenig

Raum verschaffte. Dies nahm die Polizei wahrscheinlich zum Anlass, um einen Genossen

auf brutalste Weise aus dem Kessel zu ziehen und festzunehmen.

Nach einigen Verhandlungen führte die Polizei uns dann zum anderen Teil des

Fingers, der inzwischen auch eingekesselt war, und lies uns dann etwa 500 Meter

vom Tagebau entwerft frei.

Dort entschloss sich der Großteil des Fingers noch dazu, die 6 km als Demo zurückzulaufen, anstatt vom Bus abgeholt zu werden. Dies wurde eher zum Feiern

genutzt, wir konnten aber auch noch 2 Reden halten, in denen wir unter anderem

auf die Lage der Geflüchteten, Polizeigewalt und den allgemeinen Rechtsruck aufmerksam machten.

Was dabei auffiel, war die positive Resonanz der Anwohner_Innen. Die Menschen

standen am Straßenrand oder winkten aus dem Fenster und wirkten insgesamt sehr

dankbar, dass wir da waren, um uns radikal und entschlossen gegen RWE zu stellen.

Die Rückfahrt blieb dann ohne weitere Repressionen oder sonstige Vorkommnisse,

sodass wir gegen 23 Uhr, durchnässt, erschöpft, aber auch mit neuer Motivation

zum revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System, im Camp ankamen.

Mit den

AntiKohleKidz waren wir natürlich nicht die einzigen, die im Rheinischen Revier

versuchten RWE zu blockieren. Insgesamt waren über 3000 Aktivist_Innen

dort, um

für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu demonstrieren. Dabei wurde neben Kohle- dieses mal auch Gasinfrastruktur blockiert.

Wie

hätten die Besetzungen länger als ein paar Stunden andauern können?

Dass

Ende Gelände es schaffte, so viele Menschen in Zeiten von Corona und super schlechtem Wetter zu mobilisieren, ist auf jeden Fall positiv zu bemerken.

Außerdem spürten wir während der gesamten Aktion eine sehr große Entschlossenheit bei den Aktivist_innen. Alle waren sich einig, dass wir den Weg zu einer klimagerechten Welt selbst in die Hand nehmen müssen und dieser

Weg uns gegen das kapitalistische System führt. Dabei gab es auch keine Spaltungsversuche innerhalb der Bewegung, wie es sonst oft auf linken Demonstrationen der Fall ist.

Generell ist bei Ende Gelände auch eine Linksentwicklung zu erkennen.

Ende Gelände ist bekannt für den Spruch „System Change not Climate Change“.

Dabei wird der Begriff „Systemwandel“ jedoch sehr schwammig benutzt, ohne klare

Strategie, wie wir das System verändern können und welches System überhaupt.

Wir sagen dagegen ganz klar, dass wir das kapitalistische System, durch eine Revolution der Arbeiter_innen und Jugend aller Länder stürzen und den Kommunismus aufbauen müssen. Ein zentraler Bestandteil dabei ist, dass die Produktionsmittel, die aktuell in privatem Besitz sind, vergesellschaftet werden. Diese Forderung, also die Enteignung von RWE und die Vergesellschaftung

der Energieindustrie, hat Ende Gelände dieses Jahr mit aufgenommen. Leider stellen sie nicht die Frage, was sie genau unter Vergesellschaftung verstehen und wer diese kontrolliert. In unseren Augen bedeutet das nämlich die Veränderung der Eigentumsverhältnisse durch die demokratische Kontrolle

des

Betriebs durch die Beschäftigten. „Kohleausstieg selber machen“ bedeutet für

uns, ihn zusammen mit den Beschäftigten zu planen und zu kontrollieren.

Indem

wir die Arbeiter_innenklasse als Subjekt der Veränderung wahrnehmen, ansprechen

und für unseren Kampf gewinnen, können wir die Kapitalist_innen da treffen, wo

es ihnen wirklich weh tut: bei ihren Profiten. Wenn wir die Beschäftigten auf unserer Seite haben, können wir Besetzungen auch über längere Zeit aufrecht

erhalten und wirklich Druck ausüben, statt nur symbolische Aktionen durchzuführen.

Ein

weiterer Aspekt, wie die Besetzungen und Blockaden in Zukunft erfolgreich sein

könnten, ist die Frage der Aktions- und Organisationsform der Proteste. Was Ende Gelände gut macht ist, viele Leute anzusprechen und zu mobilisieren.

Allerdings sind die Proteste sehr individualistisch geprägt. Dadurch, dass beim

Durchfließen der Polizeiketten sich die Finger in kleine Gruppen aufteilen, wird bewusst in Kauf genommen, dass einzelne Personen polizeiliche Repressionen

erwartet. In diesem Moment ist also jede_r, oder vielleicht noch jede Bezugsgruppe, auf sich allein gestellt.

Dem

individuellen zivilen Ungehorsam stellen wir unsere Methode der kollektiven Selbstermächtigung entgegen. Massenblockaden bedeuten für uns nicht das einfache Zusammenspiel verschiedener Bezugsgruppen, sondern dass sich diese

Aktionen auch auf Massenorganisationen stützen müssen. Also zum Beispiel Gewerkschaften, Räte oder Aktionskomitees. Um dies zu organisieren

brauchen wir
wirkliche demokratische Strukturen, wie Basisversammlungen, in denen
kollektive
Entscheidungen getroffen und abwählbare, rechenschaftspflichtige
Delegierte
gewählt werden. Dieses Modell der Demokratie stellen wir der klandestinen
Geheimhaltungspolitik von Ende Gelände entgegen, in welcher nur ein
kleiner
Kreis von Auserwählten weiß, was gespielt wird.

Um das zu erklären, muss die Taktik des zivilen Ungehorsams grundlegend
betrachtet
werden. Anders als zum Beispiel Extinction Rebellion sieht Ende Gelände die
Polizei zwar als Gegnerin, trotzdem sind Festnahmen fester Bestandteil der
Aktion. Denn es geht nicht in erster Linie darum, Kohleinfrastruktur zu
blockieren
und auf lange Zeit besetzt zu halten, sondern darum möglichst viel
Aufmerksamkeit in der Presse und in der Bevölkerung zu bekommen.

Dahinter
steht ein idealistisches Verständnis des bürgerlichen Staates.
Angehänger_innen
des zivilen Ungehorsams glauben, dass der Staat vernünftiger handeln
würde,
wenn wir ihn nur auf die Probleme der Welt öffentlichkeitswirksam
aufmerksam
machen. Der Staat steht im Kapitalismus jedoch nicht über den
Klasseninteressen. Im Gegenteil ist er genau dafür verantwortlich, dass die
Herrschaft des Kapitals mit Gewalt aufrecht erhalten wird und ihre Profite
abgesichert werden. Wo die Profitlogik zählt, ist mit Vernunft leider nicht
viel zu machen. Wenn wir Freiheit und Klimagerechtigkeit wollen, müssen
wir
diesen Staat also kaputt machen und dürfen uns nicht mit Bitten an ihn
begnügen.

Aber

wer kann den Kapitalismus stürzen?

Im Kapitalismus gibt es im Grunde 2 Klassen, die sich gegenüberstehen. Die Kapitalist_Innen, die die Produktionsmittel besitzen, und die Arbeiter_Innen, die ihre Arbeitskraft besitzen, die sie gezwungen sind zu verkaufen. Mit ihrer Stellung im Produktionsprozess ist die Arbeiter_Innenklasse in der Lage durch

Produktionskontrolle und gesellschaftliche Planung ökologische und ökonomische

Kreisläufe in Einklang zu bringen bei globalem und sozialem Austausch. Ende Gelände

verkennt diese zentrale Rolle der internationalen Arbeiter_innenklasse für eine

ökologische Revolution. Das Bündnis wendet sich abstrakt an die gesamte Bevölkerung, welche sie als Ansammlung von Individuen verstehen und nicht als

Kollektive mit widerstreitenden Interessen.

Und Wie kann die Arbeiter_Innenklasse das schaffen?

Wie auch Ende Gelände stehen wir für Massenmobilisierungen. Allerdings wollen

wir es nicht dabei belassen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wir müssen die Klimagerechtigkeit erzwingen, wenn es nicht anders geht. Dabei spielt der Streik eine entscheidende Rolle, da er das System in seinem Herzen, dem Profit,

trifft. Dabei sollte es aber auch nicht bei rein ökonomischen Forderungen bleiben.

Vielmehr bietet der Streik auch Möglichkeiten sich als Klasse zu organisieren,

Betriebe zu besetzen um letztendlich die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen.

Um da

hinzukommen, ist es wichtig den Klimawandel auch als soziale Frage zu betrachten und zu erkennen, dass Umweltzerstörung, Rassismus, Sexismus

und

Ausbeutung eine gemeinsame Grundlage haben, die Kapitalismus heißt. Diese

Bewegungen müssen sich verbinden, aber auch den Anschluss zur Arbeiter_Innenbewegung

suchen, um erfolgreich zu sein. Was wir brauchen ist deshalb eine internationale Anti-Krisen-Konferenz, in der unterschiedliche Aktivist_innen und Organisationen der Arbeiter_innenklasse über einen gemeinsamen Programm und

kollektive Aktionen diskutieren, mit denen wir der kapitalistischen Klima-, Wirtschafts- und Coronakrise einen Strich durch die Rechnung machen!

Ende Gelände - der militante Teil der Umweltbewegung?

Wilhelm Schulz/Martin Suchanek

Zwischen

Freitag, dem 29. November, und Sonntag, dem 1. Dezember 2019, fanden erneute Aktionstage des Bündnisses „Ende Gelände“ (EG) statt.

Diesmal führten sie ins Lausitzer Braunkohlerevier. An den vielfältigen Aktionen und Blockaden beteiligten sich rund 4.000

Menschen, denen es für einige Stunden gelang, in die Kohlegruben einzudringen, Bagger zu besetzen und Bahngleise zu blockieren. Der Abbau wurde so zeitweilig gestoppt oder wenigstens verringert.

Auf

dieser symbolischen Ebene waren die Aktionen trotz massiver Hetze der regionalen und lokalen Medien, Politik, WirtschaftsvertreterInnen und auch der Gewerkschaften ein politischer Erfolg.

In

den Kohlerevieren im Rheinland begrüßte, ja unterstützte die Mehrheit der Bevölkerung die Besetzung des Hambacher Forstes. Letztlich war es diese Bewegung, die sich immer wieder in Massendemonstrationen äußerte und eine zeitweilige Aussetzung der Rodung des „Hambi“ erzwang.

Vorfeld

Anders

in der Lausitz. Die Mehrheit steht dort EG, wie allen anderen Kräften der Umweltbewegung, skeptisch bis offen feindlich gegenüber – was sich auch im Vorfeld auf verschiedene Weise äußerte.

Es

ist kein Zufall, dass sich in der Lausitz mehr und mehr die AfD als angebliche Verteidigerin einer Heimat breitmacht, die von den Baggern abgetragen werden soll. In ihr und ihrem Umfeld tummeln sich offen Nazi und RassistInnen, die mit physischen Angriffen auf AktivistInnen von EG drohten und drohen.

Die

Bilder und Postings von Bullen unter dem Motto „Stoppt Ende Gelände“ stießen nicht nur auf weitere Verbreitung unter Rechten und mediales Aufsehen. Sie verdeutlichen einmal mehr, wie verbreitet rechtes und rechtsradikales Gedankengut bei den „Sicherheitskräften“ nicht nur in Brandenburg und Sachsen sind.

Bei

den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen verbuchten zwar die Grünen den Einzug in die Koalitionsregierung mit CDU und SPD als „Erfolg“, der freilich auf Kosten der Bewegung erkaufte wurde. Beide Landesregierungen sprachen sich klar und deutlich gegen EG aus. Die Grünen distanzierten sich offen von ihren WählerInnen. Sie verteidigen den sog. „Kohlekompromiss“, der ein Ende der Kohleverstromung bis 2038 (!) vorsieht. An dem soll nicht gerüttelt

werden – auch nicht von der einstigen WählerInnenschaft.

Von

der SPD erwartet in Brandenburg und Sachsen ohnedies niemand, dass sie sich mit Kapitalinteressen anlegt. In Cottbus einigte sich auch die „oppositionelle“ Linkspartei mit allen Fraktionen des Stadtparlaments (außer den Grünen) auf eine gemeinsame Entschließung. Am Mittwoch, den 27. November, votierten sie gemeinsam mit der AfD für ein Papier, das mit „Kohlekompromiss umsetzen, Meinungen respektieren, gewaltfrei debattieren“ überschrieben ist und die „Gewalt“ verurteilt, die von EG ausginge. Die nachträgliche Distanzierung von VertreterInnen der Brandenburger Linkspartei kann hier nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ihre Cottbusser „GenossInnen“ mit dem Rechtspopulismus gemein machten.

Und

natürlich darf auch die kapitalhörige IG BCE nicht fehlen, wenn es darum geht, für den vermeintlich „eigenen“ Konzern die Kohlen nicht nur aus der Grube zu holen, sondern sich auch schon für deren Profite stark zu machen, so dass noch einige Jahre „Zusammenarbeit“ abfallen.

All

dieses zeigt, wie sehr sich reformistische und grüne Parteien, aber auch die Gewerkschaften dem Rechtsruck und „ihren“ Unternehmen unterordnen und anpassen. Sie mögen damit hoffen, die Basis in der Bevölkerung nicht zu verlieren – in Wirklichkeit erreichen sie genau das nicht.

Eine

klassenpolitische Antwort müsste auf Forderungen wie die entschädigungslose Enteignung der Energiekonzerne, Umbau der Industrie unter ArbeiterInnenkontrolle, Aufteilung der Arbeit auf alle Hände durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Programm gesellschaftlich nützlicher

Arbeiten, finanziert aus Profiten und Großvermögen, konzentrieren. So könnte auch eine Brücke zur Umweltbewegung, zu antikapitalistischen AktivistInnen von EG geschlagen und diese auch dafür gewonnen werden, in den ArbeiterInnen Verbündete zu sehen und nicht bloß passive Betroffene, denen auch bestenfalls geholfen werden soll.

Auch

wenn dieses Händeschütteln, ähnlich wie im Hambi, von beiden Seiten nicht stattfindet – all das verdeutlicht die qualitativ anderen Voraussetzungen des Protests in der Lausitz. Das spricht keineswegs gegen EG und andere Protestierende aus der Umweltbewegung. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe sowie für das schnellstmögliche Ende der Braunkohleverstromung samt einer Energieproduktion, die sich auf fossile Träger stützt, muss auch dort thematisiert werden. Es war daher richtig, auch in der Lausitz ein Zeichen zu setzen und vor dem öffentlichen Druck, der Hetze und selbst physischen Drohungen Rechter nicht einzuknicken.

Vor

Ort

Als

REVOLUTION und ArbeiterInnenmacht entschieden wir uns, zu den Protesten zu mobilisieren. So nahmen GenossInnen aus Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen an den Aktionen teil. Hier beteiligten wir uns vor allem an der von Fridays for Future und einigen NGOs ausgerufenen Demonstration in Jänschwalde. Ebenfalls schickten wir ein Kontingent von AktivistInnen zu den zentralen Protestaktionen von EG, somit in die Tagebaue.

Die

Blockadeaktionen von EG wurden aus drei Städten organisiert (Berlin, Dresden, Leipzig). Von hier aus sollten unterschiedliche Orte in und um die vier aktiven Braunkohleabbaugebiete im Revier organisiert werden. Neben den jeweils lokalen Fingern, die in verschiedene

Unterstrukturen aufgeteilt waren, gab es auch einen inklusiven (bunten) und einen feministischen (lila) Finger. Kurz zuvor wurde ein weiterer Finger, die sogenannten AntiKohleKidz (Slogan „AKK positiv besetzen“), der sich scheinbar stärker aus SchülerInnen aus FFF zusammensetzte, ausgerufen. Dieser war rund um das Kraftwerk Jänschwalde aktiv. Allein der rote Finger aus Berlin, neben dem noch Teile von AKK, der bunte und der lila Finger anreisten, teilte sich in drei Teile auf.

Auch

die Polizei war vor Ort. Diese griff zwar vereinzelt AktivistInnen an – insgesamt war es jedoch leicht, an den PolizistInnen vorbei auf das Gelände zu kommen. Offenkundig wollten Landesregierungen und LEAG/MIBRAG Bilder prügelnder PolizistInnen und Massenfestnahmen vermeiden – und nahmen dafür einen kurzzeitigen Produktionsausfall und einen symbolischen Erfolg von EG in Kauf. So wurden insgesamt 29 Strafanzeigen gestellt. Auch versuchte die Polizei schnellstmöglich, Gewalt darstellende Bilder auf ihre Echtheit zu überprüfen. Was nicht bedeutet, dass unsere Delegation nicht eindeutig unterschiedliche Formen der Polizeigewalt vor Ort sehen und erleben musste.

Schwäche

Das

sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch einer selbstkritischen Bilanz von EG selbst bedarf.

Anders

als bei den Aktionen im Rheinland und der letzten Besetzungsaktion in der Lausitz wurde diesmal kein Camp organisiert, von dem aus die Aktionen vorbereitet oder koordiniert wurden. Ein möglicher Grund dafür war jedoch nicht fehlende Logistik oder finanzielle Ressourcen, sondern scheinbar die Angst vor Nazis und noch schlimmer vor der lokalen Bevölkerung. Diese war deutlich auch bei der Aktion spürbar. So appellierten viele von EG bei der Abfahrt aus der

Kohlegrube in den LEAG-Bussen (!) zum Bahnhof an die Polizei, dass diese DemonstrantInnen vor etwaigen rechten Übergriffen schützen müsse. Hier kippte der „staatskritische“ Protest in den Hilferuf an die Staatsgewalt um.

Dies

spiegelt das Fehlen einer politischen Konzeption, von Forderungen wider, wie die Beschäftigten und die Bevölkerung einer krisengeschüttelten, benachteiligten Region für einen gemeinsamen Kampf gewonnen werden können.

Ohne

eine solche Orientierung, die Klimaschutz und den Kampf für die Klasseninteressen der Beschäftigten zu verbinden versucht, müssen notwendigerweise alle Erklärungen an die Beschäftigten in der Kohleindustrie, an die lohnabhängige Bevölkerung, an Hartz-IV-EmpfängerInnen, ArmutsrenterInnen oder perspektivlose Jugendliche als rein moralisierende Kritik rüberkommen.

Eine

Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der Interviews mit LEAG-Beschäftigten geführt wurden, zeigt eindrucksvoll auf, dass die Arbeiter_innen um ihre Jobs fürchten und sich vom Kohlekonzern und der Lokalpolitik gegen die Umweltbewegung in Stellung bringen lassen¹.

Mit Blick auf den aktuellen nationalistischen Freudentaumel der 30-Jahre Mauerfall Feierlichkeiten wird deutlich, dass sich die Beschäftigten noch gut an die massive De-Industrialisierung ihrer Region erinnern können. Es ist deshalb unsere Aufgabe, den Beschäftigten in der Braunkohle eine Perspektive aufzuzeigen, indem wir die soziale Frage fest in unsere Klimaforderungen integrieren. Unkonkrete Floskeln vom „sozialverträglichen Kohleausstieg“, wie sie bei EG üblich sind, werden da nicht ausreichen. Ebenso nicht der Verweis auf die weitaus schlimmeren Folgen des Klimawandels für Menschen im globalen Süden, verglichen mit den sozialen Folgen einer

Schließung der Tagebauten für die Lausitzer_Innen².

EG

steht zwar – und darin unterscheidet es sich positiv von anderen Teilen der Umweltbewegung – für Antikapitalismus. Aber dieser scheint ohne Klassensubjekt auskommen zu wollen. Das drückt sich auch in der Aktionsform des zivilen Ungehorsams aus. Gegenüber Methoden Klassenkampfes wie zB. dem Streik stellt der zivile Ungehorsam keine Form der Selbstermächtigung dar, sondern verkörpert lediglich einen symbolischen Apell an den bürgerlichen Staat, dessen Existenz allgemein akzeptiert wird. Auch wenn von Massenblockaden die Rede ist, so wird sich der Aufbau der Bewegung als Addition von Individuen und Kleingruppen (Bezugsgruppen) vorgestellt. Es ist natürlich durchaus sinnvoll, sich in Aktionen in Bezugsgruppen aufzuteilen – aber eine Klassen- und damit eine Massenbewegung kann nie eine von Kleingruppen oder eine bloße Addition von Individuen sein. Sie stützt sich immer auch auf politische Organisationen, gewerkschaftliche oder soziale Massenorganisationen oder Kampforgane wie Räte, Aktionskomitees, die die Integration, Repräsentation und koordinierte Aktion großer Massen ermöglichen.

Ihre

Demokratie muss daher notwendigerweise eine sein, die sich auf Massenversammlungen, Entscheidungen, Wahl, Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht stützt.

Das

System der Bezugsgruppen, der Delegiertenplena wie der Pseudo-Klandestinität von EG hingegen entspricht nicht einer Massenbewegung, sondern einer größeren Ansammlung entschlossener EinzelaktivistInnen, wie es in radikaleren Formen des „zivilen Ungehorsams“ zum Ausdruck kommt. Aus dieser Perspektive erklärt sich auch, wieso eine derartige Geheimhaltungspolitik bezüglich der konkreten Blockadepunkte existierte. Diese sind, bis auf einen unbekannten Kreis, bis zur konkreten Blockadeaktion geheim geblieben.

Eine Unterstützung dieser war nur für Anreisende aus den jeweiligen Städten möglich.

Perspektive der Bewegung

Die

Aktionen von EG, der Aktionswoche von XR wie auch die Streiks von Fridays for Future verdeutlichen die Notwendigkeit einer politischen und strategischen Diskussion in der Umweltbewegung. Gerade angesichts der kommenden Wirtschaftskrise erlangt die Verbindung von Klimaschutz, Antikapitalismus und ArbeiterInnenklasse gegen die Krise eine strategische Bedeutung. Gelingt der Schulterschluss in der gemeinsamen Aktion nicht, so droht die Umweltbewegung in eine Sackgasse zu geraten und die Kluft zwischen ihr und gewichtigen Teilen der Lohnabhängigen vertieft zu werden.

Zweifellos

bringen die Bündnisse und Bewegungen wie EG, FFF und XR dabei auch enorme Stärken ein, allen voran einen grenzübergreifenden Charakter. Es mangelt jedoch an verbindlicher globaler Vernetzung zum koordinierten Widerstand, der über einzelne Aktionstage hinausgeht. Zweitens muss die Klassenfrage mit der Umweltbewegung verbunden, genauer, der Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit als integraler Teil des Klassenkampfes begriffen werden.

Um all dies zu leisten, benötigen wir ein Aktionsprogramm, das an Schulen und Unis, vor allem aber auch in Betrieben und das heißt auch in den Gewerkschaften verankert ist. Dafür müssen AntikapitalistInnen aktiv werden, dazu bedarf es Aktionskonferenzen und Foren des Austausches und Beschlussfassung, ähnlich den Sozialforen zu Beginn des Jahrhunderts. So kann die Bewegung gestärkt aus einer strategischen Diskussion hervorgehen.

Quellen:

1 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. Berlin 2019. [Online im Internet:] https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-19_Nach_der_Kohle.pdf

2 Vgl. *junge welt*, 29.11.19. [Online im Internet:] <https://www.jungewelt.de/artikel/367752.aktionen-f%C3%BCr-klimagerechtigkeit-es-gibt-nach-wie-vor-ein-gro%C3%9Fes-potential.html>